



KREISSTADT HOFHEIM AM TAUNUS

- Stadtverordnetenversammlung -

Vorlage Nr. 2016/

- Vorlage des Magistrats
- Antrag der Fraktion **DIE LINKE**
- Große Anfrage der Fraktion der
- der Fraktion der

Hofheim am Taunus, den 01.07.16

GRÜNE wollen mitregieren – Städte und Gemeinden sollen zahlen

Während die kreisangehörigen Städte und Gemeinden finanziell ausbluten und überall Leistungen für die Bürgerschaft reduzieren, am Personal sparen müssen und unter der hohen Kreisumlage leiden, will die neue Koalition aus CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP im Kreistag des Main-Taunus-Kreises die Zahl der hauptamtlichen Kreisbeigeordneten auf drei erhöhen.

Der Rheingau-Taunus-Kreis hat sogar die Stelle des Ersten Kreisbeigeordneten seit fünf Jahren nicht mehr besetzt, der Kreis Groß-Gerau und der Wetteraukreis kommen mit einem hauptamtlichen Kreisbeigeordneten aus. Der Main-Taunus-Kreis wurde – wie alle anderen Landkreise der Region - außer vom Landrat von zwei weiteren Hauptamtlichen verwaltet. Nur um auch den GRÜNEN einen hochbezahlten hauptamtlichen Posten zu verschaffen, soll die Kreisspitze im Main-Taunus-Kreis nunmehr auf drei hauptamtliche Beigeordnete erweitert werden. Der kleine Main-Taunus-Kreis hätte dann den größten hauptamtlichen Kreisausschuss Hessens.

Eine solche Stellenvermehrung an der Spitze unserer Kreisverwaltung ist sachlich völlig unnötig, wie auch die Koalitionspartner der GRÜNEN betonen. Sie ist mit dem Prinzip der Sparsamkeit nicht zu vereinbaren und kann von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, die dies über die Kreisumlage bezahlen müssen, nicht hingenommen werden. Mit den gut 200.000 €, die diese Selbstbedienung der GRÜNEN die kreisangehörigen Städte und Gemeinden kosten würde, könnte die Stadt Hofheim z.B. die gestrichenen drei Stellen in der Jugendpflege wieder besetzen: Da wäre das Geld besser angelegt als für die Unterbringung grüner Kommunalpolitiker.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Hofheim am Taunus lehnt eine Aufblähung des hauptamtlichen Kreisausschusses um eine weitere Stelle ab, da eine solche Stellenneuschaffung von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden und somit auch von der Stadt Hofheim über die Kreisumlage finanziert werden müsste.

Sie appelliert an den Kreistag, einer solchen Stellenausweitung nicht zuzustimmen.

Sie appelliert weiterhin an Landrat Cyriax, dieser Stellenneuschaffung, so sie beschlossen würde, gem. § 34 (1) HKO zu widersprechen, da ein solcher Beschluss das Wohl des Landkreises gefährdet.

Sie appelliert an die Kommunalaufsicht, eine solche evtl. Stellenneuschaffung zu beanstanden, da sie allen Prinzipien der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit widerspricht.

gez. Bernd Hausmann (***DIE LINKE***)